

Jan Voigt  
Stadtvertreter

An den  
Bürgermeister der Stadt Schwentimental  
Herrn Uwe Janz

28.03.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Stadtvertreter der FDP stellen zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung folgenden Antrag:

## RESOLUTION

### Keine Abschaffung der Schulleiterwahlen!

Nach dem Willen der Landesregierung sollen die Schulleiterwahlen mit dem neuen Schulgesetz abgeschafft werden. Die Vertreterinnen und Vertreter des Schulträgers sollen laut des Regierungsentwurfes für das neue Schulgesetz im Schulleiterwahlausschuss, wie auch die Vertreterinnen und Vertreter von Lehrkräften, Eltern und Schülern, zukünftig nur noch angehört werden, aber nicht mehr abstimmen dürfen.

Unsere Schulen sind Einrichtungen der Schulträger, deren Vertreterinnen und Vertreter bei der Auswahl der Leitung ihrer eigenen Einrichtungen weiterhin mitbestimmen sollten. Schulleiter sind schließlich auch weisungsberechtigt gegenüber den an den Schulen tätigen Beschäftigten der Kommunen und sie sind vor Ort wichtige Repräsentanten der Schulen, die auch eine gewisse Akzeptanz brauchen. Dieser eklatante Abbau der Mitbestimmungsrechte von Schulträgern, Lehrkräften, Eltern und oftmals auch Schülerinnen und Schülern ist deshalb nicht nur unbegründet, sondern das völlig falsche Signal in diesen bewegten Zeiten.

Wir fordern den Landtag dazu auf, diesem Plan der Landesregierung nicht zuzustimmen und somit dafür zu sorgen, dass der demokratische Beteiligungsprozess bei der Besetzung der Schulleitung nicht abgeschafft wird. Die Auswahl der Vorschläge und die Letztentscheidung obliegen ohnehin dem Bildungsministerium.

Wir erwarten zudem vom Bildungsministerium, die Aufgabe der Schulleiterin bzw. des Schulleiters durch mehr Unterstützung und weniger unnötige Bürokratie attraktiver zu gestalten, damit sich zukünftig wieder deutlich mehr qualifizierte Lehrkräfte für diese wichtige und anspruchsvolle Aufgabe bewerben. Das Problem bei der Besetzung von Schulleitungen liegt schließlich nicht in der Mitsprache der Beteiligten vor Ort, sondern an den zurückgegangenen Bewerberzahlen.